



Vorlage VA\_19/2006  
zur öffentlichen Sitzung des  
Verwaltungsausschusses  
am 03.07.2006

mit 2 Anlagen

An die  
Mitglieder  
des Verwaltungsausschusses

## **Zweiter Finanzzwischenbericht 2006**

Nachdem der Verwaltungsausschuss in seiner Sitzung am 10.04.2006 im Rahmen der Einbringung des Handlungskonzeptes 2007 erste Hinweise zum Haushaltsverlauf 2006 erhalten hat, wird nun mit einem zweiten Finanzzwischenbericht 2006 über die bis jetzt bekannte finanzielle Entwicklung der Kreisfinanzen weiter berichtet.

### **1. Jahresrechnung 2005**

Die Jahresrechnung 2005 schließt mit einem Überschuss von rund 2,4 Mio. Euro ab, der der Allgemeinen Rücklage zugeführt wurde und somit zur weiteren Disposition im Rahmen der Haushaltsberatungen 2007 zur Verfügung steht. Damit kann nach 2004 zum zweiten mal in Folge ein erfreulich positiver Rechnungsabschluss vorgelegt werden. Das gute Ergebnis kommt im Wesentlichen durch Einsparungen bei der Eingliederungshilfe und durch beachtliche Verbesserungen bei den Personalausgaben und bei den sächlichen Verwaltungs- und Betriebsausgaben zustande, also in jenen Bereichen, die wir selbst beeinflussen können. Positiv haben sich auch die Grunderwerbsteuer und die Zinsaufwendungen einschließlich der Erstattungen an die Kliniken entwickelt. Dies ist zwar eine erfreuliche Entwicklung. Es kann aber nicht davon ausgegangen werden, dass damit eine generelle Kehrtwende zum Besseren bei den Kreisfinanzen eingeläutet wird. Die Ergebnisse beim Arbeitslosengeld II und bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsunfähigkeit liegen in Millionenhöhe über den Planansätzen.

Der Landkreis Ludwigsburg hat in 2005 ein Kreditmarktdarlehen in Höhe von 7 Mio. € aufgenommen. Zur Finanzierung der Haushaltsausgabereise müssen von der Kreditermächtigung 2005 23,4 Mio. € nach 2006 übertragen werden.

Über den Rechnungsabschluss 2005 des Landkreises (vgl. VA 15/2006) und den Jahresabschluss der Kliniken Ludwigsburg-Bietigheim gGmbH (vgl. VA 06/2006) wird der Verwaltungsausschuss informiert.

## 2. Haushaltsentwicklung 2006

Das Haushaltsjahr 2006 auf der Grundlage des Haushaltsbeschlusses des Kreistages vom 9.12.2005 und der Genehmigung des Regierungspräsidiums Stuttgart vom 17.01.2006 steht und fällt mit den Risiken, die sich aus dem Sozialhaushalt - insbesondere aus der Entwicklung der Aufwendungen für die Arbeitsmarktreform (Hartz – IV) und der Grundsicherung ergeben. Auch die anderen Bereiche (Jugendhilfe, Eingliederungshilfe, Leistungen für Asylbewerber und sonstige Ausländer) sind überwiegend durch Einflüsse von außen geprägt. Hochrechnungen und definitive Aussagen über die weitere Entwicklung im Jahresverlauf können auf der Basis von lediglich fünf Monaten nur unter Vorbehalt gemacht werden. Gleichwohl zeigen die Prognosen eine gewisse Tendenz auf, wie sich aus heutiger Sicht das Haushaltsjahr 2006 im weiteren Vollzug darstellt.

Dem Anstieg des Kreisumlagehebesatzes, wie er in den beiden vorangegangenen Jahren nicht zu vermeiden war, konnte zwar dank der gestiegenen Steuerkraft unserer Städte und Gemeinden und einiger anderer Verbesserungen Einhalt geboten werden. Dazu haben insbesondere auch die bisher im Rahmen unseres auf Dauer angelegten Handlungskonzepts erfolgten Handlungsschritte beigetragen. Die Verbesserungen reichten aber allenfalls dazu aus, die Mehrbelastungen, die nahezu ausschließlich externer Natur sind, auszugleichen. Ein Spielraum zur Senkung der Kreisumlage hatte sich deshalb bei der Haushaltsplanung 2006 nicht ergeben. Was uns nach wie vor zu schaffen macht und unsere Sparmaßnahmen konterkariert, sind die gesetzlichen Soziallasten und die finanziell nicht gedeckten Aufgaben der übergeordneten Ebenen Bund und Land.

Es gibt aber auch Erfreuliches zu berichten. So können die Kommunen nach der Sitzung des Arbeitskreises Steuerschätzung vom 8. bis 11. Mai 2006 für das laufende Jahr mit um 5,2 % höheren Steuereinnahmen rechnen. Auch für Bund und Land ergeben sich jeweils Mehreinnahmen. Zurückzuführen ist dies auf die konjunkturelle Entwicklung sowie auf jüngsten Beschlüsse der Bundesregierung zur Steuergesetzgebung. Wir hoffen, dass sich diese Entwicklung spürbar auf den Arbeitsmarkt auswirken wird. Aus heutiger Sicht gehen wir davon aus, dass ein Haushaltsausgleich 2006 möglich ist, obwohl sich zur Zeit noch ein leichtes Defizit zeigt. Das Defizit könnte nicht nur vermieden, sondern in einem deutlichen Überschuss umgewandelt werden, wenn dem ständigen Ausgabenanstieg beim Arbeitslosengeld II Einhalt geboten würde.

Die wichtigsten Änderungen gegenüber der Veranschlagung sind in einer Übersicht zusammengefasst (Anlage 1). Die dort nicht genannten Bereiche zeigen gegenüber der Planung keine besonderen Auffälligkeiten. Im Einzelnen wird dazu folgendes angemerkt:

Die **Grunderwerbsteuereinnahmen** entwickeln sich in diesem Jahr positiv, wobei die Einnahmen zum Jahresbeginn und im Juni stark angestiegen sind. Selbst bei künftig wieder rückläufigen Einnahmen erwarten wir, dass der Planansatz um ca. 500.000 € überschritten wird.

Nach dem derzeitigen Abrechnungsstand beim Finanzausgleich muss der Landkreis für den **Soziallastenausgleich nach § 22 FAG** in diesem Jahr voraussichtlich rund 231.000 € mehr aufwenden. Dieser Ausgleich soll sicher stellen, dass die Belastungen, insbesondere durch die frühere Eingliederungshilfe des Landeswohlfahrtsverbands, weiterhin nach dem Stand von 2004 auf die Landkreise verteilt werden. Da der Landkreis Ludwigsburg früher „Nettozahler“ des Landeswohlfahrtsverbands war, wird er hierdurch belastet.

Bei den **Schlüsselzuweisungen** ergibt sich nach dem Stand der zweiten Teilzahlung 2006 und der ersten Abschlusszahlung 2005 eine Verbesserung in der Größenordnung von 714.000 € (2006 voraussichtliche Mehreinnahmen von 388.000 € Nachzahlung 2005 von 326.000 €).

Dagegen gibt es bei der **Kreisumlage** einen Rückgang um 702.000 € zu verzeichnen. Er ist überwiegend auf nachträgliche Änderungen der Steuerkraftsumme einer kreisangehörigen Kommune zurückzuführen. Aus dem selben Grund verringert sich auch die an das Land abzuführende Finanzausgleichsumlage um 91.000 €

Die Umlage an den **Kommunalverband für Jugend und Soziales** fällt aufgrund geringerer Kopfbeträge und Hebesätze um 118.000 € günstiger aus als geplant.

Die Einnahmen aus **Sachkostenbeiträgen** im Schulbudget übersteigen die Veranschlagung um ca. 102.000 Euro. Dies liegt an der nachträglichen Anhebung des Sachkostenbeitrags je Schüler um 9 € für alle Schularten. Grund für die Erhöhung waren Aufwendungen der Schulträger für die Vernetzung von Schulräumen, welche ursprünglich nicht im Sachkostenbeitrag enthalten waren.

Die **Zinseinnahmen** bleiben voraussichtlich 150.000 € hinter dem Planansatz zurück. Dem gegenüber kann bei den **Zinsausgaben** für Kreditmarktdarlehen auf Grund des günstigen Zinsniveaus und einer verspäteten Darlehensaufnahme mit Einsparungen von rund 450.000 € gerechnet werden. Gleichzeitig fallen die **Tilgungsausgaben** im Vermögenshaushalt für Kredite und dem entsprechend die Mindestzuführung auf Grund der verzögerten Darlehensaufnahme um 479.000 € geringer aus.

Bei den **Gebühren der Unteren Verwaltungsbehörde** ergibt sich insgesamt eine leichte Verbesserung. In einigen Bereichen kann mit Mehreinnahmen gerechnet werden. Einschließlich der Gebührenansätze der Verwaltungsreform rechnen wir mit Mehreinnahmen von ca. 90.000 €

Auch 2006 wurden dem **Personaletat** erhebliche Einsparungen auferlegt. Durch das Handlungskonzept 2005 sind für 2006 398.100 € zusätzlich zu der im Haushaltsplan bereits enthaltenen globalen Minderausgabe von 850.000 € als Einsparziel vorgegeben worden. Damit haben wir wiederum die geringsten Personalausgaben je Einwohner aller Landkreise im Regierungsbezirk Stuttgart (Anlage 2). Diese hohe Sparvorgabe kann nur erreicht werden, wenn alle Fachbereiche Ausgabendisziplin in diesem Bereich üben und wenn der eingeschlagene Weg, Einsparungen über Fluktuation, verzögerte Wiederbesetzung und genaue Einzelfallprüfung zu erzielen, weitergegangen wird.

Der Beitrag zur **Unfallkasse Baden-Württemberg** bleibt hinter dem Planansatz zurück, weil das Land die Unfallaufwendungen der Waldarbeiter direkt mit der Unfallkasse abrechnet. Außerdem wird dem Gemeinschaftsaufwand Straßen ein Kostenanteil für die Straßenwärter zugerechnet. Die Entlastung beträgt insgesamt rund 210.000 €

Im **EDV-Bereich** ergeben sich durch eine Bonuszahlung des kommunalen Rechenzentrums sowie durch eine Rückerstattung bei der Abrechnung der Fallzahlen 2005 eine überplanmäßige Einnahme von rd. 72.000 €

Im **Sozialbereich** erbrachten die im vergangenen Jahr in Kraft getretenen Reformen große Veränderungen. Inzwischen haben sich einige Bereiche wieder etwas stabilisiert. So sind die Fallzahlen bei der Hilfe zum Lebensunterhalt und bei der Hilfe zur Pflege konstant. Auch die Fallzahlen bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsunfähigkeit steigen momentan nicht weiter an. Es hat sich hier eine Stabilisierung auf hohem Niveau mit etwa 900.000 € über dem Planansatz ergeben.

Die **Eingliederungshilfe** entwickelt sich 2006 erfreulich. Die vom Landeswohlfahrtsverband ursprünglich prognostizierten Kostensteigerungen sind bei uns nicht in dem Umfang eingetreten. Die Hochrechnung ergibt hier momentan eine Einsparung gegenüber dem Planansatz von rund 2,4 Mio. € Bei der Eingliederungshilfe muss auch in Zukunft mit einem fortgesetzten Ausgabenanstieg gerechnet werden, weil die Zahl der behinderten Menschen mit Anspruch auf Eingliederungshilfeleistungen weiter zunehmen wird.

Die Fälle bei der stationären **Jugendhilfe** sind, nach dem sie im zweiten Halbjahr 2005 rückläufig waren, wieder leicht angestiegen. Die Zahlen im Bereich der teilstationären und ambulanten Hilfen blieben im gleichen Zeitraum weitgehend konstant. Ein deutlicher Zuwachs (17 %) ist in der Zeit vom 01.06.2005 bis 31.12.2005 im Bereich der Kindergärten und Horte erkennbar. Dies hängt unmittelbar mit den steigenden Fallzahlen beim Arbeitslosengeld II zusammen. Insgesamt gehen wir derzeit davon aus, dass der Planansatz eingehalten werden kann.

Beim **Arbeitslosengeld II** ist die Zahl der Bedarfsgemeinschaften seit dem 01.01.2005 stetig angestiegen. Im Mai 2006 erhielten 19.141 Menschen in 10.024 Bedarfsgemeinschaften Leistungen nach dem ALG II. Die wichtigsten Gründe für den Anstieg sind fehlende Arbeitsplätze auf dem ersten Arbeitsmarkt sowie verkürzte Laufzeiten beim normalen Arbeitslosengeld. Aufgrund dieser Entwicklung wird derzeit von Mehrbelastungen von 4 Mio. € ausgegangen. Zum 01.08.2006 sind vom Bund verschiedene Änderungen beim ALG II geplant, wie z.B. die Einführung des Zuschusses zu den Kosten der Unterkunft für Empfänger von Ausbildungsförderungsleistungen, verbesserte Leistungen für wesentlich Behinderte und für Babyausstattungen. Dies wirkt sich auf die kommunalen Träger belastend aus. Demgegenüber gehen wir davon aus, dass es Einsparungen durch verschärfte Sanktionen und Maßnahmen gegen den Leistungsmissbrauch gibt. Dies wurde bei den Hochrechnungen der Ausgaben bereits berücksichtigt. Ob diese Einsparungen im Landkreis Ludwigsburg so erheblich ausfallen ist fraglich, weil die ARGE schon seit dem 01.01.2005 einen Ermittlungsdienst zur Vermeidung von Leistungsmissbrauch hat.

Bei den pauschalierten Erstattungen des Landes für **Asylbewerber** erwarten wir in diesem Jahr eine Unterdeckung in der Größenordnung von 700.000 €, weil die pauschalen Erstattungen des Landes für einen Zeitraum von 20 Monaten bemessen und die Neuzugänge rückläufig sind. Bei der Einführung im Haushaltsjahr 2004 führten diese pauschalierten Erstattungen zu Haushaltsentlastungen von über 1.400.000 €. Diese Gelder fließen nun bei rückläufigen Zugangszahlen und entsprechend geringeren Erstattungen diesem Bereich wieder zu. Kosteneinsparungen sind nur in geringem Umfang möglich, weil die Personen, die 2004/2005 zugewiesen wurden, größtenteils noch hier sind. Außerdem müssen steigende Energiekosten gedeckt werden.

Bei den „**Sonstigen Ausländern**“ rechnen wir mit einem zusätzlichen Aufwand von knapp 400.000 €. Dies liegt an einer höheren Zahl von Leistungsempfängern, weil abgelehnte Asylbewerber mit Duldung bei Arbeitslosigkeit keine Leistungen nach Hartz IV erhalten. Zudem fallen auch höhere Krankenkosten bei Ausländern an, die vollziehbar zur Ausreise verpflichtet sind.

Auf Grund des Umlagebescheides des **Verbands Region Stuttgart** kann der Landkreis Ludwigsburg 2006 mit einer um 64.000 € niedrigeren ÖPNV-Umlage rechnen.

Die **Kliniken Ludwigsburg-Bietigheim gGmbH** können auch für das Jahr 2005 im Ergebnis einem Überschuss von 486.000 € ausweisen. Anstelle des geplanten Fehlbetrages von 488.000 € und in Anbetracht der sehr geringen Erhöhung des stationären Budgets von 0,38 % und der um 1,58 % gestiegenen Personalkosten ist dies ein gutes Ergebnis. Dieses Ergebnis konnte nur erreicht werden, weil Synergien durch die Gründung der Holding und der Kliniken Service GmbH wie vorgesehen eintrafen. Beim Unternehmensplan 2006, der ein positives Ergebnis in Höhe von 291.000 € ausweist, gibt es aus heutiger Sicht keine Anzeichen für Planabweichungen. Durch das günstige Zinsniveau und verzögerte Kreditaufnahmen fallen für Landkreisdarlehen 2006 voraussichtlich rund 250.000 € weniger Zinsausgaben an.

Bei der gebührenfähigen **Abfallwirtschaft** konnte 2005 ein Überschuss von 4,66 Mio. € erzielt werden. Mit diesem Überschuss kann das derzeitige Hausmüllgebührenniveau auch noch im kommenden Jahr gehalten werden. Im Haushaltsjahr 2006 ist bei den Selbstanlieferergebühren ein Einnahmehinbruch zu verzeichnen, der sich voraussichtlich durch Wenigerausgaben für die Restmüllbehandlung ausgleichen lässt.

Für die **Unterhaltung von Kreis-, Landes- und Bundesstraßen** hat uns das Land 2005 ausreichende Finanzmittel zugewiesen. Nur bei den Bundesstraßen war eine Unterdeckung von 90.000 € zu verzeichnen, die über die Zuweisungen 2006 abgedeckt werden soll. Der vom Kreis zu tragende Teil des Gemeinschaftsaufwands war 2005 mit rund 1,45 Mio. € hoch, weil aus der Abrechnung 2004 noch eine Nachzahlung von 136.000 € anfiel. Wegen des langen Winters entstanden 2006 bislang höhere Kosten für den Winterdienst. Wir gehen davon aus, dass die 2006 bereitgestellten Kreismittel über 1,2 Mio. € ausreichen werden.

Die größten Bauvorhaben bei den **Kreisstraßen**, die Ortsumfahrung Sersheim-Sachsenheim und die K 1700 Pleidelsheim-Mundelsheim, werden zügig realisiert. In diesem Jahr sind bis Ende Mai schon über 2 Mio. € abgeflossen. Bei der K 1700 werden die Gesamtkosten von veranschlagten 5,5 Mio. € auf rund 6 Mio. € steigen.

Für **Maßnahmen zur Verkehrsverbesserung** stehen 2006 Haushaltsmittel von 750.000 € sowie zusätzlich noch 263.000 € Haushaltsreste aus dem Vorjahr zur Verfügung. In diesem Jahr sollen die Fahrbahnbeläge der K 1662 in der Ortsdurchfahrt von Möglingen mit ca. 210.000 €, der K 1600 in der Ortsdurchfahrt von Freiberg mit ca. 300.000 €, der K 1700 und der K 1677 in der Ortsdurchfahrt von Mundelsheim für ca. 40.000 € bzw. 50.000 € sowie kleinere Bereiche an verschiedenen Kreisstraßen saniert werden. Außerdem sind die Sanierung des Bahnübergangs an der K 1701 in Münchingen, kleinere Maßnahmen zur Verkehrsverbesserung und der Austausch einiger Steuerungsgeräte von Signalanlagen vorgesehen.

Bei den **Bauunterhaltungen und Hochbauinvestitionen** ist ein weitgehend planmäßiger Haushaltsvollzug zu verzeichnen. Allerdings wurden seitens der Stadt Ludwigsburg die Anforderungen an den Brandschutz verschiedener kreiseigener Gebäude erhöht. Hier sind voraussichtlich noch zusätzliche Aufwendungen erforderlich. Näheres müssen Gutachten und Gespräche mit der Stadt noch ergeben. Unser Ziel ist es, unabwendbare Maßnahmen möglichst im Rahmen unserer Haushaltsansätze zu finanzieren.

Ferner können wir mit höheren Zuschüssen des Landes zur Reduzierung des CO<sup>2</sup>-Ausstoßes rechnen. Etwas höher gefördert als veranschlagt werden die Blockheizkraftwerke in Vaihingen und bei der Landwirtschaftsschule. Neu gefördert werden Wärmedämmverbundsysteme beim Beruflichen Schulzentrum Ludwigsburg-Kornwestheim und Pattonville.

### 3. Ausblick 2007 ff

Der zweite Finanzzwischenbericht zeigt zwar noch einen negativen Saldo im Verwaltungshaushalt auf. Wir erwarten dennoch einen Haushaltsausgleich, insbesondere wegen den positiven Konjunkturaussichten, die hoffentlich auch zu nachhaltigen Verbesserungen am Arbeitsmarkt führen.

Es wird wieder einmal deutlich, dass der Landkreis den von außen aufgebürdeten Lasten ausgeliefert ist. Die Hochrechnung zeigt, dass der Zuschussbedarf für das Arbeitslosengeld II, trotz einer Erhöhung des Ansatzes von netto 17,6 Mio. €2005 auf 21,2 Mio. €2006, aus heutiger Sicht noch um 4 Mio. €überschritten wird. Bei einer unterstellten planmäßigen Ausgabenentwicklung beim Arbeitslosengeld II, was angesichts der massiven Erhöhung des Planansatzes 2006 realistisch erschien, hätten wir schon beim Finanzzwischenbericht für 2006 unter dem Strich einen Überschuss von ca. 3,5 Mio. €erwarten können. Nun ist es aber leider so, dass die Basiseffekte, die sich 2006 aus der Steigerung des Arbeitslosengeldes II ergeben, im Folgejahr verkraftet werden müssen.

Der auch für die Kommunalfinanzen erfreulich ausgefallenen Mai-Steuerschätzung stehen bereits wieder Haushaltsrisiken gegenüber. Das Land möchte beispielsweise eine höhere Beteiligung der Kommunen am Länderfinanzausgleich, weil die kommunale Steuerkraft ab 2005 mit 64 % anstelle von 50 % beim Länderfinanzausgleich angerechnet wird. Dies würde einen Eingriff in den kommunalen Finanzausgleichstopf in der Größenordnung von 100 Mio. €bedeuten. Ferner läuft die Regelung über die 29,1 %-Beteiligung des Bundes an den Unterbringungskosten beim ALG II zum 31.12.2006 aus. Die Haushaltslage von Bund und Land wird deren Neigung, den Kommunen in die Taschen zu greifen, nicht vermindern.

### **Beschlussvorschlag:**

Beratung